

- 1. Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag, - Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2016-088-11-ZT530
(bitte stets angeben)
- 2. a) Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) Vertragsart:** Lieferauftrag
- 3. a) Art und Umfang der Leistung:** Lieferung und Aufbau von diversen Lobbymöbeln
Vertragsgegenstand ist die Lieferung inklusive des Aufbaus von Polstermöbeln und Couchtischen verschiedener Hersteller für den Deutschen Bundestag in Berlin-Mitte. Da es sich hierbei um eine Ergänzung zum bestehenden Inventar des Deutschen Bundestages handelt und ein einheitliches Erscheinungsbild gewährleistet sein muss, ist diese Leistung produktbezogen ausgeschrieben.
- b) CPV - Nr:**
- c) Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) Lieferort:** Deutscher Bundestag
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
10117 Berlin
- e) Lieferfrist:** Beginn: ..
Ende: ..
- Bemerkung zur Lieferfrist: Spätestens 10 Wochen nach Zuschlagserteilung; frühestens in der 28. Kalenderwoche
- 4. a) Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) Frist:** 26.04.2016 23:59:59
- c) Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
- 5. a) Angebotsfrist:** 27.04.2016 12:00Uhr
- b) Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
- b) k.A.
- c) k.A.
- d) - Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er die angebotenen Leistungen betrifft. Die jährliche Umsatzhöhe muss mindestens 45.000 Euro betragen (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).
- Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare, gleichartige Leistungen in den letzten drei Jahren. Die Auftragshöhe der Referenzaufträge muss jeweils mindestens 80 Prozent der eigenen Angebotssumme betragen. Die Referenzen werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Sollten die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben werden, so werden die ersten drei gewertet, es sei denn, es erfolgt im Angebotsvordruck eine konkrete Benennung der zu berücksichtigenden drei Referenzen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Eigenerklärung zu den Brandschutzanforderungen (siehe Punkt 2.3.3 der Leistungsbeschreibung). Hierfür ist der den Vergabeunterlagen beigelegte Vordruck zu verwenden.
- Aussagekräftige Produktdatenblätter des angebotenen Mobiliars (siehe Punkt 2.3.1 und Punkt 2.3.2 der Leistungsbeschreibung).

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 100.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz: Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

10. Zuschlagsfrist/Bindefrist: 30.06.2016

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

11. Zuschlagskriterien: Preis

**12. Nebenangebote/
Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen

13. Sonstige Angaben: Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 20.04.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabeplattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden. Die Einzelheiten zu der zu vergebenden Leistung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots wird das angebotene Skonto berücksichtigt, wenn die Skontofrist mindestens 14 Kalendertage beträgt.